

Es gibt bei uns nicht zweierlei Recht'

Die Verordnungen unseres Minister Rates vom 10. und 17. Dezember 1953 schufen bedeutsame Voraussetzungen für die Verwirklichung der Politik unserer Partei und Regierung auch in den privatkapitalistischen Betrieben. Diese Verordnungen verwirklichen heißt gleichzeitig auch, einen entscheidenden Schlag gegen die feindlichen Auffassungen zu führen, daß die Arbeiter in den Privatbetrieben „Menschen zweiter Klasse“ seien.

In der Deutschen Demokratischen Republik hat die gesamte Arbeiterklasse einheitliche, gemeinsame Interessen: die ständige Festigung unserer Arbeiter- und Bauernmacht, die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus und die Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands. Diesen einheitlichen und gemeinsamen Interessen der ganzen Arbeiterklasse entspricht auch die einheitliche Organisation der Arbeiterklasse. Es gibt die einheitliche Partei der Arbeiterklasse, unsere Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Es gibt bei uns auch nur eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation, die die Interessen aller Arbeiter und Werktätigen in den volkseigenen und privaten Betrieben vertritt. Die Stärke und Kraft der Arbeiterklasse zur Verwirklichung ihrer Forderungen und Ziele liegen in ihrer Einheit und Geschlossenheit.

Das findet auch seinen Ausdruck in der ständigen Sorge unserer Regierung um die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, unabhängig davon, ob sie in volkseigenen oder privaten Betrieben beschäftigt sind.

Allein im Jahre 1953 hat sich das Realeinkommen der Arbeiter und der übrigen Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik um 2,7 Milliarden DM erhöht. Preissenkungen, Lohnerhöhungen, Weihnachtsgewandungen, Rentenerhöhungen und die seit der Annahme des Gesetzes der Arbeit bisher umfassendste Verordnung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und zur Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte vom 10. Dezember 1953 — das sind die großartigen bisherigen Ergebnisse des neuen Kurses.

Wie anders gestaltet sich dagegen die Lage der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern, insbesondere in Westdeutschland. Vielfältig sind die Beweise dafür, daß die Interessen der westdeutschen und Westberliner Arbeiter von den rechtssozialistischen Partei- und Gewerkschaftsführern nicht vertreten werden. Die rechten DGB-Führer begründen das mit der „Notwendigkeit der Unterordnung der Gewerkschaftspolitik unter die Strategie der Freiheit“. In den Konzernbetrieben Westdeutschlands und Westberlins werden die vielfältigsten Methoden der Spaltung, Korruption und der Auspressung der Arbeiter zur Steigerung der Profite angewandt. Die rechten DGB- und SPD-Führer sind dabei willige und oft als „Aufsichtsräte“ finanziell mitbeteiligte Helfershelfer.

Die Verordnung vom 10. Dezember 1953 gilt auch für die Privatbetriebe

Der neue Kurs unserer Partei und Regierung stellt auch die Arbeiter in den privatkapitalistischen Betrieben vor neue Aufgaben. Die Verordnung des Ministerrats vom 10. Dezember 1953 ist auch für die privatkapitalistischen Betriebe gültig, genau wie die Verordnung über die Erhöhung und Verbesserung der Produktion von Verbrauchsgütern für die Bevölkerung vom 17. Dezember 1953. Dabei müssen jedoch die Besonderheiten der Lage der Arbeiter in den privatkapitalistischen Betrieben berücksichtigt werden. Es ist aber eine offenkundige Tatsache, daß viele Kreisleitungen und Grundorganisationen unserer Partei die Rolle und Bedeutung der Parteiarbeit in den privatkapitalistischen Betrieben unterschätzen und ihren besonderen Aufgaben und Problemen nicht die notwendige Beachtung schenken.

Jede Unterschätzung der Rolle und Bedeutung der Arbeiter in den privatkapitalistischen Betrieben — das sind etwa ein Drittel aller Arbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik — begünstigt das Eindringen feindlicher Auffassungen in die Arbeiterklasse. Der Gegner hat ein Interesse daran, durch das von ihm produzierte Argument, daß die Arbeiter in den privatkapitalistischen Betrieben mindere Rechte als die Arbeiter in den volkseigenen Betrieben haben, daß sie gewissermaßen „Menschen zweiter Klasse“ seien, die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse zu stören und aufzuspalten.

Solche feindlichen Auffassungen traten zum Beispiel in dem Privatbetrieb Müller & Schulze in Magdeburg auf. Es ist offensichtlich, daß sie geeignet sind, die Arbeiterklasse zu spalten, um sie dadurch im Kampf für die Verwirklichung der Ziele unserer Partei und Regierung zu schwächen. Mit solchen Meinungen operieren Unternehmer und Agenten des Ostbüros der SPD bewußt, um die Arbeiter an der kämpferischen Durchsetzung ihrer Interessen zu hindern und ihre Unzufriedenheit auf unsere Partei, die Gewerkschaften oder die Regierung zu richten.

Jede Vernachlässigung der Vertretung der Arbeiterinteressen in den privatkapitalistischen Betrieben muß notwendigerweise die Ideologie des Sozialdemokratismus stärken. Man darf doch nicht außer acht lassen, daß es in den privatkapitalistischen Betrieben kapitalistische Ausbeutung gibt, wenn sie auch durch die Maßnahmen unserer Arbeiter- und Bauernmacht und nicht zuletzt durch den Kampf der Gewerkschaften weitgehend eingeschränkt ist. Bei der Erläuterung der Lehren des XIX. Parteitages der KPdSU betonte Genosse Walter Ulbricht: „Es ist ... eine offenkundige Tatsache und eine gesetzmäßige Erscheinung, daß von der Sphäre der kapitalistischen Warenproduktion ständig Störungen aus-